



Arbeitswissen zum Lernmodul: Österreichs Weg in die EU

Plakate zur EU-Volksabstimmung 1994

Zur Volksabstimmung vom 12. Juni 1994:

Am 12. Juni 1994 sprachen sich 66,6 Prozent der ÖsterreicherInnen für einen Beitritt Österreichs zur Europäischen Union aus. Die Volksabstimmung war nach der Abstimmung über die Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf 1978 die zweite Volksabstimmung in der Geschichte Österreichs. Notwendig war sie, da der EU-Beitritt Österreichs zu einer Gesamtänderung der Verfassung führte.

Der Volksabstimmung ging eine intensive Werbekampagne der österreichischen SPÖ-ÖVP-Bundesregierung voraus, die 1989 den Mitgliedsantrag gestellt hatte. Im Vorfeld der Abstimmung sprachen sich SPÖ und ÖVP auch auf ihren Plakaten für eine „Ja zu Europa“ aus und versuchten die ÖsterreicherInnen zu einer positiven Stimmabgabe zu bewegen, während die Oppositionsparteien FPÖ, Grüne (und KPÖ) den Beitritt ablehnten. Das damals noch im Nationalrat vertretene LIF (Liberales Forum) befürwortete hingegen einen EU-Beitritt.

Plakate der Parteien zur Volksabstimmung vom 12. Juni 1994:

(alle Plakate stammen aus der Plakatdokumentation Kunsich und sind online auf www.demokratiezentrum.org)



Plakat der SPÖ



Plakat der SPÖ



Plakat der SPÖ



Plakat der ÖVP



Plakat der Grünen



Plakat der FPÖ



Plakat der FPÖ



Plakat der KPÖ



Plakat der KPÖ



Plakat der KPÖ

Zu den Positionen der Parteien im Vorfeld der EU-Volksabstimmung:

In ihrer Argumentation für einen EU-Beitritt führte die **ÖVP** v.a. wirtschaftspolitische Motive ins Treffen und verfolgte damit eine Argumentationslinie, die sie bereits seit den 1960-er Jahren in Hinblick auf ihren positiven EWG-Kurs verfolgt hatte. Auf ihren Plakaten für die Volksabstimmung warb sie mit den Slogans „Wir sind Europäer. Österreicher bleiben wir.“

Die **SPÖ** hatte sich v.a. aus Neutralitätsgründen lange gegen einen Beitritt gewendet, 1986 entschloss sie sich aber in einem Vorstandsbeschluss bei einer Wahrung der Neutralität sowie der Berücksichtigung umwelt- und sozialpolitischer Standards für Beitrittsverhandlungen. In ihren Plakaten für die Volksabstimmung warb sie mit dem Slogans „ja zu Europa“ und „Ja zu Österreich. Ja zu Europa am 12. Juni“ und versuchte die StimmbürgerInnen mit folgenden Punkten für die EU zu gewinnen: mehr Chancen für die Jugend, grenzenloser Umweltschutz, Stimme und Gewicht für Österreich, mehr Sicherheit, mehr Exportchancen – neue Arbeitsplätze, billiger und reichhaltiger einkaufen.

Die **FPÖ** nahm seit ihrer Gründung bis Anfang der 1990-er Jahre eine positive Haltung zur EG ein, befürwortete 1989 auch das Beitrittsgesuch, lehnte später aber den Beitritt ab. Im Vorfeld der EU-Volksabstimmung plakatierte sie „Österreich zuerst!“ und „NEIN“ in Kombination mit: „zu 15 Milliarden jährlich in dunkle Kanäle“, „zur grenzlosen Kriminalität“, „zur Abschaffung des Schilling“, „zum Abbau der direkten Demokratie in Österreich“, „zu 70.000 zusätzlichen Arbeitslosen in Österreich“, „zur Transithölle Österreich“, „ja zum Schweizer Modell“, „zur Desinformation der Bevölkerung durch die Regierung“, „heißt JA zu Neuverhandlungen“.

Die **Grünen** argumentierten ihr Nein zu einem EU-Beitritt mit der österreichischen Neutralität sowie mit umwelt- bzw. demokratiepolitischen Gründen, insbesondere mit dem drohenden Transitverkehr und einer mangelnden demokratischen Qualität der EU. Nach dem Beitrittstotum änderten sie ihre Position insofern, als sie nun eine grundsätzlich pro-europäische, wenn auch kritische Haltung einnahmen. Auf Ihren Plakaten für die Volksabstimmung wiesen die Grünen darauf hin, dass sie den „Vertrag gelesen“ hatten, womit sie die Informationspolitik der Regierung und die ihrer Meinung nach zu wenig kritische Informationskampagne der SPÖ-ÖVP-Koalition kritisierten.

Das **LIF** verfolgte seit seiner Gründung einen konsequenten Pro-EU-Kurs und warb im Vorfeld der EU-Volksabstimmung damit, diese nicht zu einer Abstimmung über die Koalition umzufunktionieren, sondern über diese bei den nächsten Nationalratswahlen abzustimmen. Wörtlich hieß es auch ihren Plakaten „Am 12. Juni: ja zu Europa ... um die Regierung geht`s am 9. Oktober“

Die **KPÖ** sprach sich vehement gegen einen EU-Beitritt aus und versuchte die WählerInnen durch kritische Fragen auf ihren Plakaten von der Ablehnung eines EU-Beitritts zu überzeugen. Beispiele hierfür sind etwa „Super-Job durch EG-Beitritt? Das Glück trifft nur wenige. Und hunderttausende sind arbeitslos, „Sicherheit durch EG-Beitritt? Die Neutralität bleibt auf der Strecke. Und Deutschland schluckt uns wieder.“ Oder „Frauenglück durch EG-Beitritt? Gleichberechtigung ist eingefroren. Und den Frauen bleibt die „gute Hoffnung“. Weitere Slogans der KPÖ im Vorfeld der EU-Volksabstimmung waren „nein zur AusbEUtung!“, Nein zum Ausverkauf!“, Nein zum Betrug! (in Bezug auf den Transitverkehr) und Nein zum Verrat in Hinblick auf die Unabhängigkeit Österreichs).

Vertiefende Informationen zum EU-Beitritt Österreichs bietet eine eigene Wissensstation des Demokratiezentrum Wien: www.demokratiezentrum.org → Wissen → EU-Beitritt Österreichs